

Ein biedermeierlicher Weg zum Sozialismus?

Sigrid Skarpelis-Sperk, Jürgen Habermas, Peter Kalmbach und Claus Offe zum „Orientierungsrahmen '85“

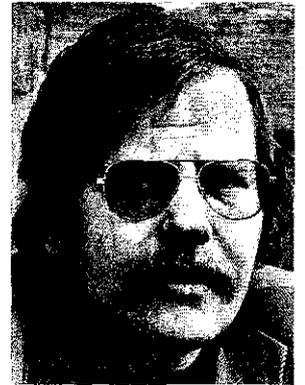
Die Apologeten der Marktwirtschaft haben nach dem Kriege die Szene beherrscht; noch die Verfassungsdebatte des Bundestages hat bestätigt, was sie erreicht haben: daß hierzulande die Begriffe Demokratie und Marktwirtschaft fast synonym geworden sind. So haben sich auch die Sozialdemokraten zur Marktwirtschaft bekehren lassen. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre sind dann jene Impulse der Protestbewegung entstanden, die über die Jungsozialisten auch in die deutsche Sozialdemokratie eingedrungen sind und die Diskussionen über Gesellschaftspolitik angeregt haben. Mit dem Eintritt in die zweite Hälfte der 70er Jahre legt nun die Sozialdemokratische Partei den Entwurf eines Orientierungsrahmens für die Politik des nächsten Jahrzehnts vor.

Seit den Anfängen der „Theoriediskussion“ hat sich freilich die Aufnah-

wartet, daß die systematischen Widerstände genannt werden, auf die eine Reformpolitik in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften stößt — auf die eine harmonistisch angelegte Reformpolitik, die sich scheut, Gegner zu identifizieren und Geister zu scheiden, erst recht stoßen muß. Wir vermuten, daß sich die Reformpolitik der letzten Jahre an ihrem eigenen mangelnden Realismus festgerannt hat; ein Mangel, der durch den anpassersischen „Realismus“ der Nach-Brandtschen Ära gewiß nicht wettgemacht wird. Heute ist nicht einmal mehr der Wille zur Reform überzeugend verkörpert.

Auf dem letzten Parteitag in Hannover hatte der Landesverband Schleswig-Holstein den Antrag gestellt, die Langzeitkommission möge die folgende Frage klären: „Mit welchen Mitteln und im Rahmen welcher Strategie läßt sich demokratische Planung im Interes-

Meinung, daß man systembeeinflussende Reformziele nach der Methode von Versuch und Irrtum verwirklichen sollte. Keineswegs wird dadurch aber die Prüfung überflüssig, welche faktischen und welche gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, bevor man mit Aussicht auf Erfolg, das heißt ohne vorhersehbare Selbstblockierung, einen solchen Lernprozeß *beginnen* kann. Auch wir teilen die Auffassung, daß in entwickelten kapitalistischen Ländern ein demokratischer Weg zum Sozialismus für die Bewußtseinsbildung und für die moralische Grundlage einer erneuerten Gesellschaft wesentlich ist. Aber das kann nicht Quietismus, nicht den Verzicht auf kämpferische Durchsetzung bedeuten, wenn vorauszusehen ist, daß die reformpolitischen Ziele mit wichtigen, strukturell verankerten und darum widerstandsfähigen Interessen unvereinbar sind.



SPD-Kritiker Sigrid Skarpelis-Sperk, Habermas, Kalmbach, Offe: „Gegen die Volksfront des Kapitals“

mebereitschaft für solche Perspektiven verändert. Die gesellschaftspolitischen Parolen werden heute nicht mehr von Studentenführern, sondern von verbitterten liberal-konservativen Hochschullehrern ausgegeben — von Scheuch bis Schelsky und von Lübke bis Löwenthal. Sie treffen auf einen Stimmungsumschwung, der durch Enttäuschung über steckengebliebene Reformen ausgelöst und durch wirtschaftlich motivierte Ängste beschleunigt worden ist. Das Ergebnis sind bayrische Tendenzwende, sondern, wie Böll feststellt, ein simpler Rechtsruck.

In dieser Lage erwartet man von einer sozialdemokratischen Programmkommission Erklärungen für das Festrennen der sozialliberalen Reformpolitik — Erklärungen, die sich nicht mit dem Hinweis auf internationale Rahmenbedingungen begnügen, nicht den politischen Einstellungswechsel in der Bevölkerung nur registrieren. Man er-

se der Bevölkerung gegen den politischen und wirtschaftlichen Einfluß der von der Einschränkung ihrer Machtposition Betroffenen durchsetzen?“ Diesem Wunsch ist die Kommission nicht gefolgt. Der Orientierungsrahmen bindet vielmehr die sozialdemokratische Politik an die Mittel indirekter Wirtschaftslenkung und verpflichtet die Partei auf geräuschlose „Vertrauensarbeit“. Mit anderen Worten: Direkte Eingriffe in Produktion und Verteilung sollen als Mittel der Wirtschaftspolitik nicht zulässig sein; eine aufklärende Politisierung der Bevölkerung und eine vernünftig begründete Polarisierung der Kräfte sind unerwünscht — in die Polarisierung läßt man sich lieber durch die Demagogie eines Franz Josef Strauß hineindrängen.

Nun ist der Einsatz zentraler Lenkungsmittel in Wirtschaftssystemen unserer Art mit hohen Unsicherheiten verbunden. Auch wir sind deshalb der

Im Orientierungsrahmen wird der vorwiegend instrumentelle Charakter unserer Wirtschaftsordnung betont. Wenn die Funktionsweise dieser Ordnung mit erklärten und legitimierten Zielen einer Demokratisierung der Gesellschaft ernstlich in Konflikt geraten sollte, müßten auch die ökonomischen Grundlagen zur Disposition gestellt werden können. Man darf nicht von vornherein die Möglichkeit ausschließen, daß die Reformpolitik auch gegen die Interessen der Klasse durchgesetzt werden muß, die über die Investitionen und damit über die gesellschaftliche Nutzung von Arbeitskraft entscheidet.

Deshalb müßte die Sozialdemokratische Partei, so meinen wir, die Masse der Bevölkerung nicht nur für die im Orientierungsrahmen festgelegten Ziele einer sozial-rechtsstaatlich verfaßten und demokratisierten Gesellschaft, sondern auch für einen realistischen Weg dorthin gewinnen. Realistisch ist

ein Weg nur dann, wenn die Inhaber privater wirtschaftlicher Macht der Regierung nicht *unterwegs* in den Arm fallen können, wenn Weichenstellungen den Bürgern selber vorbehalten bleiben. Hierfür müssen Kräfte mobilisiert und gesetzliche Mittel geschaffen werden.

Unsere Kritik behandelt nicht den umfassenden Katalog der gesetzgebungsnahen Programme für die nächsten Jahre, nicht die mittelfristigen Schwerpunktanalysen, nicht die präzisierten Zielvorstellungen und Prinzipien: Sie richtet sich gegen die Vernebelung des Weges zum demokratischen Sozialismus. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wir können und wollen niemanden belehren, und wir nehmen keineswegs per se wissenschaftliche Autorität in Anspruch. Wir möchten freilich plausibel machen:

- ▷ daß der vorliegende Entwurf die Funktionsweise des Marktes in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften nicht richtig einschätzt;
- ▷ daß die vorgeschlagenen Mittel indirekter Steuerung für die Überwindung vorhersehbarer Widerstände bei der Durchsetzung der Reformpolitik keine hinreichende Sanktion sind.

Wer ein Reformkonzept vorlegt, sollte zeigen können, daß sich die Ergebnisse in der gewünschten Richtung kumulieren. Wollte man Erfolgsgewißheit fordern, müßte man von vornherein resignieren. Wollte man aber ganz auf die Realitätsprüfung verzichten, so könnte das Ergebnis weniger als nichts sein: Zum Scheitern der Reformpläne würde der Beweis hinzugeliefert, daß es sich beim „demokratischen Sozialismus“ um ein leeres Wort handelt.

Unter diesem Gesichtspunkt ist die vom Orientierungsrahmen bevorzugte indirekte Wirtschaftslenkung zu beurteilen. Gegen ihre Brauchbarkeit sind schwerwiegende Einwände erhoben worden: zum Beispiel, daß die unvermeidlichen Nebenfolgen mit den Zielen einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung kollidieren. Höchst zweifelhaft ist auch, daß indirekte Steuerung weniger Informationen erfordert als direkte. Darauf können wir nur am Rande eingehen. Zeigen möchten wir aber, daß in maßgebenden Sektoren der Wirtschaft der Preismechanismus anders funktioniert, als die Befürworter indirekter Lenkungsmethoden voraussetzen, und daß er diese Instrumente weithin unwirksam macht. Ferner vertreten wir die These, daß die indirekte Steuerung nicht einmal dann erfolgreich sein könnte, wenn der Markt auf genau die Weise arbeiten würde, die der Orientierungsrahmen unterstellt.

Die Langzeitkommission hat sich dazu durchgerungen, an die Modellvorstellungen der herrschenden Ökono-

Kondor

Maßstab für beispielhafte Chef-Büros



Für die entscheidenden Räume des Unternehmens die individuelle Ausstattung aus dem Kondor Chef- und Konferenzzimmer-Programm Repräsentativ. Elegant. Wertvoll. Das Kondor-Programm erfüllt die Erwartungen, die man an Sie stellt. Informieren Sie sich.

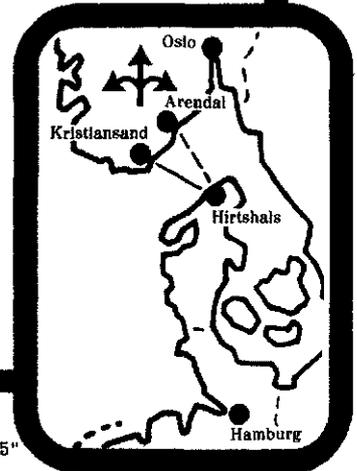
Kondor, 492 Lemgo, Postfach 460



Ihre grüne Welle zum Urlaubstor Norwegens

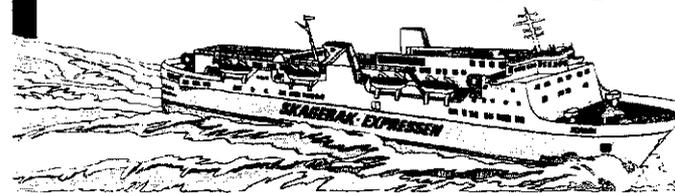
...bis zu 6x täglich.

Fahren Sie auf der Schnellstraße zu den Fjorden - von Hirtshals nach Kristiansand. In nur 4 Stunden sind Sie da! Und schon in der Sommersaison bringt Sie das neueste und größte Schiff der berühmten Skagerak-Expressen dorthin: die MF „Borgen“.
Preise: Erwachsene DM 48,- (Hin- und Rückfahrt DM 82,-) Kinder von 4-15 J. 50%, unter 4 J. frei. PKW ab DM 48,-. Buchungen über Ihr Reisebüro oder über unseren Generalagenten.*



* An die Norwegische Schifffahrts-Agentur GmbH, S 2
2 Hamburg 11, Kl. Johannisstr. 10:
Erbitte kostenlos die Broschüre „Skagerak-Expressen 1975“

Name: _____
PLZ/Ort: _____
Straße: _____



mie zu glauben. Nach dieser Lesart sind die privaten Produktions- und Investitionsentscheidungen an den Wünschen der Nachfrager orientiert. Wer die von den Konsumenten gewünschten Gebrauchswerte produziert und in entsprechende Anlagen investiert, wird durch Gewinne belohnt. Preise gelten als Knappheitsindikatoren, die dem Unternehmer anzeigen, was der autonome Nachfrager von ihm erwartet. Gewinn und Verlust machen sich als Belohnungen und Strafen fühlbar, durch die der Unternehmer erfährt, ob er die gewünschten Gebrauchswerte angeboten hat.

Ob der Preismechanismus jemals auch nur annähernd so funktioniert hat, wird weithin bestritten. Wahrscheinlich hat der Kapitalismus seine historische Leistung, die enorme Entfaltung der Produktivkräfte, gerade dadurch erreicht, daß Produktionsentscheidungen nicht jederzeit von gebrauchswertorientierten Wünschen der Konsumenten abhängig waren. Heute jedenfalls erfüllt der Preismechanismus die Steuerungsleistungen, die ihm die Lehrbücher idealiter zuschreiben, kaum noch. So stellt das gewiß unverdächtige Kartellamt in seinem Jahresbericht 1972 fest:

Auf den meisten Konsumgütermärkten entwickelter Volkswirtschaften befinden sich die Anbieter in einer überlegenen Position gegenüber dem Verbraucher: Sie sind die aktiven, die Verbraucher nur die reaktiven Tauschpartner. An Stelle von Konsumentensouveränität herrscht vielfach Produzentensouveränität.

Auch der Orientierungsrahmen konstatiert Mängel des Marktsystems, er hält aber am marktwirtschaftlichen Credo fest. Dieses erklärt die Vorliebe für die indirekte Wirtschaftslenkung. Darunter versteht der Orientierungsrahmen das ganze Arsenal der Mittel, die geeignet sind, private Wirtschaftsentscheidungen ohne direkten Eingriff zu beeinflussen. Die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele sollen über einen breiten Fächer von Anreizen und Sanktionen erreicht werden. So bleibt die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus auf das kapitalistische Unternehmen als Erfüllungshelfen angewiesen.

Die Frage, ob dieses System erfolgreich sein könnte, wenn der Preismechanismus Ähnlichkeit mit den erwähnten Modellvorstellungen hätte, brauchen wir nicht zu entscheiden. Diese Ähnlichkeit besteht nicht. Deshalb genügt es, einige Konsequenzen des tatsächlichen „Preismechanismus“ zu nennen.

Für den heute dominierenden Bereich des Wirtschaftssystems, der durch Oligopole und Monopole gekennzeichnet ist, kann ernstlich nicht behauptet werden, daß Preise Knappheitsindikatoren sind. Zahlreiche empirische Untersuchungen weisen darauf hin, daß Preise nicht das Ergebnis einer be-

stimmten Angebots-/Nachfragekonstellation darstellen. Preise entstehen vielmehr, indem die Unternehmen, weitgehend unabhängig von der Nachfrage, einen Gewinnaufschlag auf die Kosten vornehmen. Nicht die Nachfrage, sondern die Kosten — und das heißt für die Gesamtkonomie Lohnkosten und Kosten für die Importgüter — bestimmen in letzter Instanz die Preise. Weil die Unternehmer dabei relativ freie Hand haben, können sie Nominallohnerhöhungen realiter wieder zurückschrauben. Preise dienen heute vorwiegend als Instrumente im Verteilungskampf. Preiserhöhungen verschieben die Konflikte vom Arbeits- auf den Gütermarkt. Dadurch können sie Arbeitskämpfe verhindern oder wenigstens hinauszögern. (Da sich der Druck des internationalen Wettbewerbs nicht gleichmäßig verteilt, variiert in den verschiedenen Branchen der Spielraum, innerhalb dessen die Unternehmen gestiegene Kosten auf die Preise abwälzen können. Das erklärt auch das gleichzeitige Auftreten von Preiserhöhungen und von Entlassungen.)

Das monopolistische Preissetzungsverhalten begrenzt bereits die Wirksamkeit der globalen Wirtschaftssteuerung — einer Methode also, mit der man reformpolitisch noch gar nicht viel anfangen kann. Die Erfahrung lehrt, daß man beispielsweise mit einer konsequent durchgeführten restriktiven Geld- und Kreditpolitik den über Preis geführten Verteilungskampf nicht unter Kontrolle bringt. Die Reaktion der Unternehmen auf restriktive Maßnahmen besteht nicht in Preissenkungen, sondern in Produktions- und Investitionseinschränkungen. Die daraus resultierende Arbeitslosigkeit wird jedoch nicht den Unternehmen, sondern der Regierung angelastet. Für diese wird deshalb eine Restriktionspolitik, die die Überwälzungsmöglichkeiten tatsächlich einschränkt, zu einem unzumutbaren Risiko. Sie muß Preiserhöhungen als das kleinere Risiko akzeptieren. Die Vollbeschäftigungsgarantie, die heute jede Regierung unter Androhung des Legitimationsentzugs zumindest anstreben muß, funktioniert für die Gesamtheit der Unternehmen zugleich im Sinne einer Gewinngarantie. Ein sozialdemokratisches Dilemma wird so bereits auf dieser Ebene sichtbar: Das doppelte Versprechen, Vollbeschäftigung zu garantieren und eine gerechtere Einkommensverteilung herbeizuführen, kann nicht eingelöst werden, solange man nur auf Rahmenbedingungen Einfluß nehmen will.

Wichtiger für reformpolitische Zielsetzungen ist freilich die Einwirkung auf die Produktionsstruktur. Zu diesem Zweck muß man die Profitabilität verschiedener Produktionseinrichtungen beeinflussen. Das wiederum verlangt ein hochdifferenziertes, kostspieliges Instrumentarium, über das man nicht

verfügt. Stünde es zur Verfügung, wäre immer noch ungeklärt, wie man den voraussehbaren Reaktionen begegnen könnte. Auf den Versuch etwa, die Profitabilität umweltschädlicher Produktionseinrichtungen einzuschränken, wird mit Preissteigerungen geantwortet werden — dadurch kann nämlich das Unternehmen einen Rückgang der Rentabilität oft vermeiden. Will man umgekehrt die Produktion bestimmter Güter positiv beeinflussen, muß man die Gewinnsituation verbessern. Bei einem funktionierenden Preissystem wäre es denkbar, daß zeitweise gewährte finanzielle Anreize — Steuererleichterungen oder Subventionen — greifen. Heute führen sie dagegen zu einer festgeschriebenen Alimentation der Unternehmen, weil diese die Vergünstigungen als Besitzstand interpretieren und weitere Forderungen stellen. Das gelingt ihnen um so eher, weil dem Staat die erforderlichen Informationen über branchenspezifische Kostenstrukturen und einzelbetriebliche Daten fehlen.

Schließlich knüpft der Orientierungsrahmen große Hoffnungen an eine Steuerung durch *Infrastrukturangebote*. Nicht nur ist die Wirkungsweise dieses Instruments nahezu unbekannt, auch die Finanzkrise des Staates sollte solche Hoffnungen dämpfen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß die öffentlichen Haushalte nur um den Preis empfindlicher Einschränkungen bei den Investitionsausgaben ausgeglichen werden konnten. Wer über Infrastrukturangebote steuern will, müßte diesen Trend nicht nur umkehren, er müßte nachweisen können, daß zumindest mittelfristig Investitionsmittel in bisher nicht gekanntem Ausmaß zur Verfügung stehen. Das wäre aber nur bei einer drastischen Erhöhung der Steuerquote denkbar — eine Konsequenz, die der Orientierungsrahmen lieber nicht zieht.

Wie unrealistisch die Vorstellung einer selektiven Angebotssteuerung ist, wird in der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation besonders deutlich. Jeder Gedanke an erwünschte Produktionsstrukturen wird hinfällig, wenn die Arbeitslosenzahl eine Höhe erreicht, welche die Legitimationsgrundlage der Regierung ernsthaft gefährdet. Einer Politik, die sich auf hinreichende Sanktionen nicht verlassen kann, bleibt nichts anderes übrig, als eine ungerichtete Förderung aller Investitionen zu betreiben — und dann noch der Appell an die Gewerkschaften, lohnpolitisch kurzzutreten. Die Regierung muß die Vorrangigkeit ausreichender Kapitalverzinsung anerkennen und politisch durchsetzen, und das nicht einmal, weil sie die Interessen des Kapitals vertreten wollte, sondern weil sie innerhalb der Grenzen indirekter Steuerung keine andere Möglichkeit hat, die gerade heute sichtbaren ökonomischen

mischen Schwierigkeiten zu bekämpfen.

Wie gezeigt, funktioniert der Markt nicht so, daß er durch eine indirekte Steuerung für politische Ziele in Dienst genommen werden könnte. Aber selbst wenn der Markt im Sinne der Lehrbuchvorstellungen funktionierte, könnte man nicht darauf hoffen, die Dispositionen von Eigentümern mit dem sanften Druck von Anreiz und Strafe in die gewünschte Richtung zu lenken. Denn dann würde die Politik so tun, als hätten die Eigentümer keine andere Wahl, als dort zu investieren, wohin ihnen die Politik den Weg gewiesen hat. In Wirklichkeit *haben* sie noch eine andere Wahl: nämlich *nicht* zu investieren, und zwar aus Erwägungen, die bereits auf staatliche Planungen reagieren. Nicht nur das Bild vom Markt, sondern auch das *Bild vom Unternehmer*, das der Orientierungsrahmen sich malt, ist falsch. Das Perpetuum mobile auf der Spur des Profits ist eine naive Fiktion.

Die Unternehmer sind politisch und durch ihre Organisationen darauf eingerichtet, sich auszurechnen, was indirekte Steuerung im Dienste einer Reformpolitik sie kostet und was man statt dessen durch erfolgreiche Obstruktion sparen könnte. Ihre Option, jeweils nicht zu investieren, erlaubt den Unternehmern, die indirekte Steuerung nun ihrerseits zu steuern, anstatt das Reformspiel mechanisch mit sich geschehen zu lassen. Dies um so mehr, als Konzentration der Unternehmungen und Monopolisierung der Märkte den Hebel verlängern, an dem sie sitzen: Um der mittelfristigen Vorteile willen können sie auch mal eine Durststrecke einlegen.

Einschlägige Erfahrungen hätten die Praktiker der bisherigen Regierungspolitik in den Orientierungsrahmen leicht einbringen können. Warum hat der Bildungsminister so große Schwierigkeiten, die 180 Millionen für überbetriebliche Ausbildungsstätten nach den eigenen Förderungsrichtlinien an den Mann, das heißt an Unternehmen und Kammern, zu bringen? Für diese ist es eben profitabler, darauf zu verzichten, sich indirekt steuern zu lassen. Zudem können sie so der Regierung nahelegen, sich hinfort nicht mehr durch Förderungsauflagen in die blamable Situation zu begeben, das bereitgestellte Geld nicht ausgeben zu können. Der Vorschlag, es den Unternehmen durch eine Lehrlingsumlage leichter zu machen, sich in der Berufsbildung zu engagieren, wird vom Deutschen Industrie- und Handelstag unmißverständlich quittiert: „Die Betriebe würden angesichts der Alternative ‚Ausbildung oder Abgabe‘ eher ihr Ausbildungsvolumen weiter reduzieren und die Abgabe zahlen.“ Das geht dann wohl so aus, daß die Politik von der indirekten Steuerung abläßt und ihnen auch die

Abgabe erspart, die ja ihren erstrebten Zweck, Lehrlingsplätze herbeizuschaffen, verfehlt hat. Meist genügt schon die Ankündigung mißlicher Folgen; das hat die deutsch-amerikanische Handelskammer in Sachen Mitbestimmung praktiziert. Die Unternehmer und ihre Organisationen können darauf rechnen, daß sich insbesondere unter koalitionspolitisch labilen Verhältnissen und beim Erfolgswang einer auslaufenden Wahlperiode eine Praxis herausbildet, welche die Chance des Kapitals, Vergeltungsschläge auszuteilen, antizipiert und sich zu Herzen nimmt. Die Schläge selbst sind dann gar nicht mehr nötig.

Wenn der Drang des Kapitals, Investitionsmöglichkeiten und Kostenvorteile auszunutzen, nicht so unwiderstehlich ist, daß er nicht auch im Interesse an *weiteren* Investitionsmöglichkeiten und Kostenvorteilen in die Zukunft (oder ins Ausland) verlagert werden könnte, dann kann man in die indirekte Steuerung nicht mehr das Vertrauen haben, das der Orientierungsrahmen suggeriert. Am besten überlebt, wer sich auch mal totstellt. Unter diesen Umständen ist die indirekte Steuerung solange ein Widerspruch in sich, wie sie sich nicht auf die Reaktionen einstellt, die aus dem „negativen“ Eigentumsrecht folgen. Um sich ihrer zu erwehren, muß man den Hebel direkter Eingriffe in Produktion und Verteilung zumindest in Reserve haben; und man braucht die politische Basis, die den Einsatz dieses Hebels deckt, andernfalls bedeutet indirekte Steuerung einen Entscheidungsvorbehalt des Kapitals darüber, wie weit und wohin es sich steuern lassen möchte.

Im Umfeld der Programmdiskussion konnte man hören, daß die Beseitigung der Unternehmensautonomie durch eine zentrale staatliche Wirtschaftsplanung wegen ihrer vielfältigen schädlichen und unerträglichen Folgen für die Sozialdemokratische Partei (!) nicht in Frage kommen könne. Dem ist zu erwidern, daß die „zentrale staatliche Wirtschaftsplanung“, die dem Urheber dieses Gedankens nicht zufällig als Alternative einfällt und Schrecken einjagt, wohl nicht die einzige denkbar-undenkbare Lösung wäre. Es mag ja genügen, in einer Reihe von Fällen die Waffe des direkten quantitativen und qualitativen Eingriffs nur in dem Umfang einzusetzen, wie indirekte Steuerung in ihrer Wirkung abgefälscht und mit Akten von „Annahmeverweigerung“ quittiert wird. Vor allem aber fragt sich, ob der *Verzicht* auf eine *solche* „Beseitigung der Unternehmensautonomie“ nicht mit ebenso „schädlichen und unerträglichen Folgen für die Sozialdemokratische Partei“ — und den demokratischen Sozialismus zudem — bezahlt werden müßte: nämlich mit der Desavouierung der Partei durch eine Serie von wirtschafts-, reform- und dann auch wahlpolitischen Nieder-

lagen, die einer auf Rahmensteuerung festgelegten Politik so unauffällig beizubringen sind, daß um ihretwillen das Kapital gar nicht daran denken müßte, den chilenischen Knüppel aus dem Sack zu holen.

Gewiß kommt man nicht ohne Anstrengungen aus, sich das Vertrauen der Masse der Bevölkerung zu erarbeiten. Aber „Vertrauensarbeit“ als Marketing-Strategie kann nicht gesetzliche Mittel herbeizaubern, die eine tatsächlich regierende Sozialdemokratie einsetzen könnte, um sich kapitalistischer Erpressungen zu erwehren und *dadurch* das Vertrauen ihrer Wähler zu rechtfertigen. Ohne Sanktionsmittel kommt sie gegen die „Volksfront des Kapitals“ nicht auf; diese entfaltet nämlich ihre Macht nicht so sehr über „Presse-Manipulation“, „Demagogie“ und „Volksverdummung“ als vielmehr in dem Druck auf die Arbeitnehmer, deren vordringliche Interessen an der Vermeidung von Arbeitslosigkeit und von Reallohnseinbußen berührt sind, wenn Investitionen unterbleiben.

Unsere Bedenken sind nicht originell, sie entspringen keiner entlegenen Einsicht. Weil das so ist, fragt man sich, warum die Langzeitkommission, die Sachverstand genug hat, diese oder ähnliche Zweifel nicht zur Sprache bringt. Das hat vielleicht mit dem Zustand weiter Teile der Partei zu tun, die den Verdacht ihrer Gegner, sie seien eine Ansammlung (wenn schon nicht „vaterlandsloser“, so doch) staatsfeindlicher und systemzerstörender Gesellen, gegen sich selber wenden. Wer sich derart eigene Gedanken, Erfahrungen und Traditionen nur mehr schlechten Gewissens leistet, könnte wohl kaum vermeiden, sich auf eine theoretisch-pragmatische Linie zwingen zu lassen, die an einer realistischen Beurteilung der Durchsetzungschancen vorbeiläuft. Wir wissen, daß unser politisches System für eine längerfristig gezielte Politik leicht zu erwerbende Prämien nicht aussetzt. Aber wir halten eine Kalkulation, die den Genossen nahelegt, im Anblick der jeweils nächsten Wahl zu Beschwichtigungsformeln Zuflucht zu nehmen, schlicht für falsch. Eine Reformpolitik ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn sie die Macht, mit der sie das Wirtschaftssystem für die Verwirklichung politischer Ziele als Instrument einsetzen könnte, gar nicht erst anstrebt. Schlimmer noch: Eine Reformpolitik, die unter einer so unrealistischen Voraussetzung *eingeleitet* wird, muß zu wirtschafts-, reform- und wahlpolitischen Niederlagen führen, muß die eigenen Anhänger entmutigen, muß auf längere Sicht der Sache des demokratischen Sozialismus schaden. Der Nebel der Reformrhetorik hilft niemandem — es sei denn denen, die Godesberg sagen, wenn sie bloße Rhetorik meinen. ◆